Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages

PRESSEMITTEILUNGEN

12.02.09:

Konjunkturprogramm des Bundes vorrangig für Kommunen

Hagedorn begrüßt Kieler Einigung mit lachendem und weinendem Auge

Am Mittwoch hat der Haushaltsausschuss in Berlin das 50-Mrd. Euro-Konjunkturpaket, in dem die über 322 Mio. Euro für Schleswig-Holstein als "Geldspritze" des Bundes enthalten sind, mit einigen Veränderungen auf den Weg gebracht. Als Mitglied im Haushaltsausschuss freut sich die ostholsteinische SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn, dass damit die Weichen für zusätzliche Investitionen in Städten und Gemeinden sowie in den Ländern im Umfang von 13,3 Mrd. Euro – bezogen auf Schleswig-Holstein gut 430 Mio. Euro - gestellt wurden und dass das Kieler Kabinett am Tag zuvor eine schnelle und unbürokratische Weiterleitung der Bundesmittel durch das "Zukunftsprogramm für Bildung und Infrastruktur für Schleswig-Holstein" für den Bildungsbereich beschlossen hat. Hagedorn dazu: "Gemäß den Festlegungen im Gesetz stellt die Landesregierung 65 Prozent der Mittel den Kommunen für Investitionen vor allem in die Energieeffizienz in Schulen und Kindergärten zur Verfügung. Ich begrüße ausdrücklich, dass das Land diese 195,7 Mio. Euro – die zu 75 % vom Bund stammen – direkt und unbürokratisch an die Kommunen auf der Grundlage der Schüler- und Kleinkindzahlen weiterleitet. Durch die vernünftige Orientierung an den Schüler- und Kleinkindzahlen erhält Ostholstein gerechterweise z.B. für 7 Prozent mit 12,8 Mio. Euro viel mehr als Plön für 4 Prozent mit knapp 7,8 Mio. Euro (Lübeck 8 % = 15,57 Mio., Stormarn 8 % = 14,91 Mio., Lauenburg 6 % = 11,99 Mio.). Wichtig wird jetzt sein, dass die Kreise die Gelder nach genau diesem Schlüssel orientiert an den tatsächlich betreuten Kleinkindern und Schülern an ihre Städte und Gemeinden für Bildungsinvestitionen vor Ort weiterleiten. Dann haben die Kommunen konkrete Zahlen, mit denen sie zielgerichtet und vor allem rasch Bildungsinvestitionen planen können. Denn Ziel ist es, mindestens die Hälfte der 10-Mrd.-Euro als 75-%-Förderung des Bundes noch 2009 in konkrete Aufträge zur Sicherung von Arbeitsplätzen zu vergeben."

Allerdings hat Bettina Hagedorn, die in Berlin auch stellvertretende Vorsitzende der AG Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion ist, bei dem am Dienstag in Kiel gefassten Kabinettsbeschluss zur Verteilung der Gelder aus Berlin leider auch zwei dicke Minuspunkte zu Lasten der Kommunen ausgemacht: Schleswig-Holstein hat – wie alle Bundesländer – in einer Verwaltungsvereinbarung gegenüber dem Bund die Verpflichtung übernommen, die

• Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • ☏ (030) 227 – 73 832 • FAX (030) 227 – 76 920 •
EMAIL bettina.hagedorn@bundestag.de
Wahlkreisbüro • Lübecker Straße 6 • 23701 Eutin • ☏ (04521) 7 16 11 • FAX (04521) 7 83 86
EMAIL bettina.hagedorn@wk.bundestag.de

75%ige Bundesförderung durch eine 25%ige Eigenbeteiligung aufzustocken. Hagedorn: "Dass von dieser 108-Mio.-Euro umfassenden Kofinanzierung das Land mit 51 Mio. Euro (festgelegt überwiegend im Universitäts-, Forschungs- und Infrastrukturbereich) nicht einmal die Hälfte tragen will – das ist gegenüber den Kommunen nicht fair. Mit der vom Land festgelegten grundsätzlichen Eigenbeteiligung der Kommunen von 25 Prozent zieht sich das Land aus praktisch jeder Mitfinanzierung der Investitionen in Schulen und Kitas heraus."
Im Bundesgesetz ist weiterhin für die Länder verpflichtend geregelt, dass auch 70% der Mittel zur Finanzierung der Infrastruktur (für Schleswig-Holstein 105,4 Mio. Euro) für "kommunalbezogene Investitionen" eingesetzt sollen, während die Länder maximal 30% für eigene Investitionen – und dazu zählen eigentlich die Krankenhäuser - einbehalten dürfen. Hagedorn: "Das Kieler Kabinett hat jedoch als "kommunale Investition" 33% für Krankenhäuser und 6% für den Breitbandausbau eingeplant – dadurch gehen den Kommunen im Bereich Städtebau, ländliche Infrastruktur, Sport und Lärmschutz für Investitionen in u.a. Sport- und Schwimmhallen, Bürgerbegegnungsstätten, Jugendtreffs und Feuerwehrgerätehäuser zum Wohle von Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Verbänden gut 40 Mio. Euro 'verloren'. Ich bestreite natürlich nicht, dass es bei Krankenhäusern und beim Breitband Investitionsbedarf gibt, den allerdings das Land aus meiner Sicht aus seinem eigenen Budget (45,1 Mio. Euro) hätte bestreiten müssen. Als 'kommunale Investitionen' hätten diese 105,4 Mio. Euro aus meiner Sicht komplett in die Entscheidungshoheit der Kommunen gehört - nicht nur, weil dort ein großer Investitionsstau gerade im energetischen Bereich öffentlicher Gebäude lauert, sondern vor allem, weil gerade die Kommunen die für das lokale Handwerk wichtigen kleinteiligen Aufträge vergeben, die letztlich Arbeits- und Ausbildungsplätze sichern. "
In der Sachverständigenanhörung des Haushaltsausschusses zum Konjunkturprogramm am 9. Februar 2009 hatte der Vorstandsvorsitzende der Bundesarbeitsagentur, Frank-Jürgen Weise, auf Nachfrage Hagedorns ausdrücklich bestätigt, dass Ausgaben der Kommunen deutlich bessere Wirkungen auf die Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen unmittelbar bei Handwerk und Mittelstand hätten als vergleichsweise größere Investitionen der Länder. Weise: "Ein lokales Unternehmen kann sich aufgrund des bürokratischen Aufwands in der Regel gar nicht an großen Ausschreibungsverfahren beteiligen. Wir sehen, dass gerade im Baubereich Unternehmen Aufträge gewinnen, die hier bei uns gar keine Arbeitsplätze sichern, sondern über andere Formen Arbeitskräfte generieren." Hagedorn

hofft nun, dass die verbliebenen gut 60 Mio. Euro Infrastrukturmittel des Bundes für 'kommunale Infrastruktur' (45,3 Mio. Euro für Städtebau, Sport und energetische Sanierung, 14,9 Mio. Euro für die ländliche Infrastruktur, 3,2 Mio. Euro für den Lärmschutz und 1,3 Mio. Euro für sonstige Investitionen) den Kommunen zusätzlich zu den knapp 200 Mio. Euro für Schulen und Kitas ebenfalls unbürokratisch und zügig zur Verfügung gestellt werden.

27.01.09:

Hagedorn: Förderschwerpunkte für die Kommunen konkretisiert

Konjunkturpaket von knapp 50 Mrd. Euro im Bundeskabinett beschlossen

Als Mitglied im Haushaltsausschuss und stellvertretende Sprecherin der AG Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion erklärt die SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn aus Ostholstein: "Heute hat das Bundeskabinett die Gesetzentwürfe zum Konjunkturpaket II beschlossen und damit den Weg frei gemacht für die weitere Beratung im federführenden Haushaltsausschuss. Für die Städte und Gemeinden sind der Entwurf des Gesetzes sowie die entsprechende Verwaltungsvereinbarung mit den Ländern zur Umsetzung des 13,3 Mrd. Euro Programms für Investitionen in den Ländern und Kommunen von zentraler Bedeutung. Dabei konnten inzwischen wesentliche Förderbedingungen und –schwerpunkte geklärt werden, so dass die Kommunen jetzt zielgerichtet in den gewählten Gremien jene Projekte auswählen können, die am ehesten eine Chance auf Maximalförderung haben. Viel Zeit ist nicht zu verlieren, weil das erklärte Ziel ist, mindestens die Hälfte der 10-Mrd.-Euro als 75-%-Förderung des Bundes noch 2009 in konkrete Aufträge an Handwerk und Mittelstand zu vergeben. Damit das klappen und die Sicherung von Arbeitsplätzen dadurch auch gelingen kann, ist die auf 2 Jahre befristete **Vereinfachung des Vergaberechts** von großer Bedeutung." Für 2009 und 2010 sollen die Schwellenwerte bei Bauleistungen für beschränkte Ausschreibungen auf 1 Mio. € und für die freihändige Vergabe auf 100.000 € erhöht; für Dienst- und Lieferleistungen einheitlich auf 100.000 € festgelegt werden. Der Bund wird hierzu entsprechende Erlasse auf den Weg bringen - auch die Länder sollen ihre Vorschriften anpassen.

Festgelegt sind im Gesetz **zwei Investitionsschwerpunkte**: Während die **Bildungsinfrastruktur** mit einem Anteil von **65% der Finanzmittel** den eindeutigen Schwerpunkt bildet (**für Schleswig-Holstein knapp 210 Mio. Euro**), sollen in die

"allgemeine Infrastruktur" **35 % der Förderung (für Schleswig-Holstein knapp 113 Mio. Euro)** fließen. Was ist mit **"allgemeiner Infrastruktur"** konkret gemeint? Krankenhäuser und Städtebau (ohne Abwasser und ÖPNV), ländliche Infrastruktur und Dorferneuerung (ohne Abwasser und ÖPNV) sowie Lärmschutzmaßnahmen (auch bei kommunalen Straßen) und Informationstechnologie. Hagedorn: "Investitionen in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen sind ebenso wie Bürgerbegegnungsstätten, gemeinwohlorientierte Sportstätten und kommunale Schwimmhallen bisher nicht ausdrücklich im Gesetz erwähnt – ich werde mich aber im Haushaltsausschuss dafür einsetzen, dass auch Investitionen in solche öffentlichen Liegenschaften im Gemeinwohlinteresse als definitiv förderfähig anerkannt werden."

Bettina Hagedorn macht auf ein Problem aufmerksam, das bisher öffentlich wenig Beachtung fand: "Der Bund darf seine gewollte 75%ige Förderung verfassungskonform den Ländern (nach Artikel 104b Grundgesetz) als "Finanzhilfe für besonders bedeutsame Investitionen der Länder und Kommunen" **nur für die Bereiche zur Verfügung** stellen, **wo er laut Grundgesetz eine "Gesetzgebungsbefugnis" hat**. Das ist unbestritten bei der Energieeffizienz so, beim Klima- und Lärmschutz – aber nicht bei den Schulen in ihrer allgemeinen Ausstattung, wofür in unserem föderalen System eindeutig Länder und Kommunen verantwortlich sind. Weil das so ist, darf bei dem Förderschwerpunkt "Bildung" nicht jede wünschenswerte Investition aus dem Konjunkturprogramm des Bundes gefördert werden. Diese Botschaft ist in vielen Kommunen noch nicht richtig angekommen."

Förderfähig sind uneingeschränkt Einrichtungen der "frühkindlichen Infrastruktur", bei Schulen und Hochschulen aber insbesondere die "energetische Sanierung" und dafür erforderliche bauliche Folgemaßnahmen - gefördert werden auch die Forschung und "sonstige Bildungsinfrastruktur", wozu auch die Weiterbildung zählt. Hagedorn: "Entgegen mancher Zeitungsmeldung sind auch die Krippen, Kitas, Horte und Schulen förderfähig, die NICHT in kommunaler Hand sind – wie z.B. solche in Trägerschaft der Kirchen, der Arbeiterwohlfahrt, des Deutschen Roten Kreuzes, des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, von Elterninitiativen, Montessouri- oder Waldorfgruppen. Wörtlich heißt es: 'Als Investitionen werden auch Investitionen von sonstigen Trägern angesehen, die Landes- und Kommunalaufgaben erfüllen.'"

Eines gilt allerdings für alle Antragsteller gleichermaßen: Die jetzt in Angriff zu nehmenden **Investitionsmaßnahmen müssen zusätzlich sein** – d.h. sie dürfen nicht schon jetzt voll

finanziert im Haushalt stehen. Hagedorn: "Nur wenn echte ZUSÄTZLICHE Maßnahmen beauftragt werden, können Mittelstand und Handwerk mit neuen Aufträgen profitieren, können gefährdete Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden. Dieses ist das vorrangige Ziel des Konjunkturprogramms. Wenn dann gleichzeitig in Wärmedämmung, neue Fenster und Fassaden, modernste Heizungstechnik und Energieeffizienz investiert wird, profitieren auch das Klima und die künftige Heiz- und Stromkostenabrechnung. Diese Chance auf wirklich nachhaltige Investitionen mit mindestens 85% Förderquote, die gleichzeitig künftig öffentliche Betriebskosten entlasten, sollten sich die Kommunen nicht entgehen lassen."
Weiterhin betont Bettina Hagedorn: "Ziel des Gesetzes ist, dass die insgesamt 13,3 Mrd. Euro 2009 und 2010 auch wirklich ganz überwiegend und vorrangig für Investitionen der Kommunen eingesetzt werden und dass davon auch gerade finanzschwache Städte und Gemeinden profitieren können. In der Verwaltungsvereinbarung ist geregelt, dass mindestens 70% der vorgesehenen Beträge zur Finanzierung kommunalbezogener Investitionen eingesetzt werden müssen, während die Länder maximal 30% für eigene Investitionen z.B. in den Bereichen Forschung, Hochschulen und Krankenhäuser einbehalten dürfen. Damit auch gerade **finanzschwache Kommunen** von den Finanzhilfen profitieren, ist zwar vorgesehen, dass Städte und Gemeinden grundsätzlich einen Eigenanteil aufbringen sollen – der darf allerdings je nach Finanzkraft variieren und in begründeten Fällen auch minimal sein. Die Länder müssen zudem garantieren, dass für finanzschwache Kommunen ausreichend Finanzmittel vorgesehen sind. Wichtig gerade für diese Kommunen ist, dass es zwar bei dem Programm ein grundsätzliches Verbot der Doppelförderung gibt, allerdings mit einer wichtigen Ausnahme: Mit Hilfe des KfW-Darlehensprogramms "Investitionsoffensive Infrastruktur" können die Städte und Gemeinden ihre kommunalen Anteile deutlich zinsverbilligt finanzieren.

21.01.09:

Bettina Hagedorn: Mutige und rasche Entscheidungen für zusätzliche kommunale Aufträge erforderlich!

Erstmalig im neuen Jahr hat heute der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages über das Konjunkturpaket II im Umfang von 50 Mrd. Euro beraten, für das er voraussichtlich

die Federführung im Parlament haben wird. Die ostholsteinische Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn (SPD), seit 2002 Mitglied im Haushaltsausschuss, erklärt dazu: "Mit diesem aus 4 Gesetzen bestehenden Paket, das angesichts der gewaltigen Investitionssumme zeitgleich einen Nachtragshaushalt notwendig machen wird, wollen wir vorrangig Arbeitsplätze sichern und darum gerade die Investitionskraft der Kommunen als öffentlicher Auftraggeber für Handwerk und Mittelstand stärken. Anknüpfend an meine 20jährige ehrenamtliche Arbeit in der Kommunalpolitik bis 2003 und in meiner jetzigen Funktion in Berlin als stellvertretende Sprecherin der AG Kommunalpolitik habe ich mich daher besonders für das 13,3-Mrd.-Euro-Programm als Direkthilfe für die Stärkung der kommunalen Investitionen in Kindergärten und Schulen und für mehr Klimaschutz stark gemacht."

Auf Vorschlag von Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier hatten sich in der vergangenen Woche die Koalitionsspitzen unter anderem auf ein kommunales Investitionsprogramm im Umfang von 13,3 Mrd. Euro verständigt, wovon allein der Bund 75 % der Förderung (10 Mrd. Euro) übernimmt – weitere 3,3 Mrd. Euro werden von den Ländern bzw. anteilig den Kommunen finanziert. Am 27. Januar wird das Kabinett die Gesetzespakete auf den Weg bringen und der Bundestag noch in derselben Woche in 1. Lesung diskutieren. Am 9. Februar hat der Haushaltsausschuss sich bereits auf eine große Expertenanhörung verständigt, damit Bundestag und Bundesrat schon am 13. Februar abschließend beraten und entscheiden können. Hagedorn: „Dieser ehrgeizige Zeitplan bedeutet, dass die Kommunen schon jetzt in den Ausschüssen über zusätzliche Projekte diskutieren sollten, um einen breiten Meinungsbildungsprozess bis zur Beantragung der Mittel zu gewährleisten. Mit bis zu 75 Prozent beteiligt sich allein der Bund an diesem Programm – eine Riesenchance für Kommunen wie die regionale Wirtschaft als Auftragnehmer."

Für Schleswig-Holstein werden von den 13,3 Mrd. Euro insgesamt 429,1 Mio. Euro bereitgestellt. Hagedorn: „Die gewaltige Größenordnung dieser Summe kann man sich dann am ehesten vorstellen, wenn man sie ins Verhältnis zum 4 Mrd.-Euro Paket des Bundes für die Ganztagsbetreuung an den Schulen (2003-07) setzt. Damals erhielt Schleswig-Holstein 135 Mio. Euro für 4 Jahre (also 33 Mio./a) – jetzt sind es 215 Mio. pro Jahr für 2009 und 2010 – also die fast siebenfache Summe pro Jahr! Die Chancen für die Kommunen, ihren Bürgerinnen und Bürgern gerade jetzt zukunftssichere Investitionen zu bieten, sind riesig – aber der Zeitdruck für neue und zusätzliche Projekte ist enorm groß. Jetzt kommt es darauf an, dass die Ausschüsse und Gemeinde- und Stadtvertretungen zügig und mutig handeln."

Die Abgeordnete verweist darauf, dass man sich im Haushaltsausschuss in der Koalition einig sei, dass die 13,3 Mrd. Euro binnen zwei Jahren ausgegeben und bis Ende 2011 abgerechnet sein müssen – um die Beschäftigung sichernde Wirkung 2009 und 2010 durch öffentliche Aufträge für Handwerk und Mittelstand rasch sicher zu stellen. Um Mitnahmeeffekte zu vermeiden sollen nur solche Projekte bezuschussungsfähig sein, die nicht schon jetzt in den Haushalten für 2009 verankert und finanziert sind. Hagedorn: „Neben neuen Projekten können auch solche vorgezogen werden, dis bisher erst in späteren Jahren geplant waren – in jedem Fall aber müssen Kommunen ebenso wie Bund und Länder für die Inanspruchnahme Nachtragshaushalte aufstellen, um diese zusätzlichen Investitionen auf den Weg zu bringen. Das erfordert von den politischen Gremien auf allen Ebenen viel zusätzliche Arbeit – aber dieses Engagement ist in Bund, Ländern und Kommunen nötig, um sich der abschwächenden Konjunktur wirkungsvoll entgegen zu stellen."

Hagedorn ist froh, dass die SPD sich im Rahmen der Koalitionsverhandlungen mit der Schwerpunktsetzung für Investitionen in den Kommunen zugunsten von Kindern, Bildung, Klimaschutz und der Modernisierung der Infrastruktur in Stadt und Land durchsetzen konnte. Zweidrittel der 13,3 Mrd. Euro fließen in den Bildungsbereich (Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Hochschulen und Forschung) und Eindrittel in die kommunale Infrastruktur (ländliche Infrastruktur, Lärmsanierung, Krankenhäuser, Städtebau), wobei Projekte, die gleichzeitig dem Klimaschutz und der Energieeffizienz dienen, bevorzugt gefördert werden sollen.

Die Abgeordnete: „Ich bin froh, dass jetzt Finanzhilfen des Bundes in nie gekanntem Ausmaß zeitlich befristet zur Verfügung stehen, um kommunale Projekte zu realisieren, die sonst wegen der Finanzlage der Kommunen nicht hätten verwirklicht werden können. Für mich steht dabei insbesondere die Verbesserung der Betreuungssituation für Kinder und Jugendliche in Krippen, Kindergärten und Schulen im Vordergrund: Anknüpfend an das bereits laufende 4-Mrd.-Euro-Programm zum Ausbau der Kinderbetreuung Unter-3-Jähriger von 2008 bis 2012 muss dieser zusätzliche Finanzierungsschub nun rasch dazu genutzt werden, die Betreuungssituation qualitativ und quantitativ nachhaltig zu verbessern. Noch gibt es beispielsweise im Kreis Ostholstein nur eine Betreuungsquote von 8% an Krippenplätzen – bis zur Einführung des Rechtsanspruches Ende 2012 müssen wir überall eine Quote von mindestens 35% erreicht haben. Ich wünsche mir für die jungen Familien,

dass wir zwischen Puttgarden und Reinfeld dieses Ziel jetzt hoffentlich schneller erreichen können."

Bettina Hagedorn wird sich nun in den kommenden Wochen mit kommunalen Vertretern zusammensetzen, um über die Chancen des kommunalen Investitionsprogramms zu informieren. In diesen Tagen schreibt sie daher alle Bürgermeister und Amtsvorsteher ihres Wahlkreises von Puttgarden bis Reinfeld an, um zeitnahe Termine für die "Rathausbesuche" zu verabreden. Hagedorn: "Als Mitglied im federführenden Haushaltsausschuss werde ich in den nächsten Wochen selbstverständlich einen Informationsvorsprung haben, den ich im Sinne der Städte und Gemeinden in meinem Wahlkreis gerne an Bürgermeister/innen und die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker/innen weitergeben will. Die Kommunen brauchen rasch Planungssicherheit, um die gewünschten zusätzlichen Investitionen in Bildung und Infrastruktur auf den Weg bringen zu können."

Hintergrund: Das Konjunkturpaket II beinhaltet bundesweit Maßnahmen in einem Gesamtumfang von 50 Mrd. Euro. Zusammen mit den schon im November 08 beschlossenen Maßnahmen setzt der Bund insgesamt über 80 Mrd. Euro zielgerichtet für die Überwindung der Wirtschaftskrise ein. Die Finanzhilfen des Bundes werden den Ländern auf unkompliziertem Weg unter einem „Gesamtdach“ des Kommunalen Investitionsprogramms zur Verfügung gestellt.

29.01.09:

Hagedorn: CDU soll bei der Wahrheit bleiben!

Diese Pressemitteilung bezieht sich auf eine CDU-Pressemitteilung von Timo Gaarz
(29.1.09 im OHA, 30.1.09 LN-Nord)

Zu den Äußerungen des stellvertretenden CDU-Kreisvorsitzenden Timo Gaarz in der regionalen Presse zur Pressearbeit zum kommunalen Investitionsprogramm des Bundes durch die ostholsteinische SPD-Bundestagsabgeordnete und Haushälterin Bettina Hagedorn stellt die Abgeordnete richtig:

Bei allem Verständnis für wahlkampftaktische Überlegungen sollte die CDU doch bei der Wahrheit bleiben: Fakt ist, dass bereits am 10. Dezember auf einer Diskussionsveranstaltung in Lensahn mit der SPD-Finanzexpertin Dr. Barbara Hendricks zur Finanzkrise sie als SPD-Präsidiumsmitglied die besondere Rolle der Kommunen für die

Ankurbelung der Wirtschaft hervorgehoben und als SPD-Schwerpunkt bei einem weiteren Konjunkturprogramm zum Jahresbeginn im Milliardenumfang zugesagt hatte. Hagedorn: "Wörtlich wies Barbara Hendricks damals darauf hin, dass auf Bundesebene durch die SPD bereits ein Förderprogramm zur finanziellen Unterstützung der Kommunen vorbereitet werde, wobei wir zur schnelleren und unbürokratischen Umsetzung den Kommunen dabei sogar einen direkten Zugriff auf einen Investitionsfonds von Bund und Ländern geben wollten, um rasche Impulse für die Realwirtschaft zu geben. Die dafür erforderliche zeitlich befristete Aussetzung des Grundgesetzes und die 'Umgehung' der Landesfinanzministerien haben wir wegen der Blockade der überwiegend konservativen Länder leider nicht hin bekommen - das kommunale Konjunkturprogramm aber glücklicherweise inhaltlich zu 100 Prozent. Das 10-Mrd.-Euro-Paket für die Kommunen entspricht exakt dem schon am 4. Januar von Frank-Walter Steinmeier vorgelegten Papier für einen "Deutschlandfonds", mit dem die SPD erfolgreich in die Koalitionsverhandlungen im Januar gegangen ist. Mit den darin enthaltenen Maßnahmen für Arbeit, Umwelt, Innovation und Bildung haben wir die richtigen Schwerpunkte für die Konjunktur in Verantwortung vor künftigen Generationen gesetzt – als in der Union noch viele von Steuersenkungen träumten, mit denen keine Arbeitsplätze erhalten werden können. Zu leugnen, dass dieses kommunale Konjunkturprogramm die Handschrift der SPD trägt, ist weltfremd. "

Die Abgeordnete empfindet Inhalt und Ton der CDU-Presseerklärung als 'völlig neben der Spur': "SPD und CDU tragen in Berlin gemeinsam Verantwortung für dieses Paket – und das auch mit dem nötigen Respekt voreinander. Es geht um die Menschen, um den Erhalt von Arbeitslätzen und darum, in einer der größten internationalen Krisen das Notwendige tun – darauf haben die Menschen Anspruch. Ich mache im Gegensatz zur CDU in Ostholstein weder Wahlkampf noch halte ich Märchenstunden ab – ich mache meine Arbeit und informiere Kommunen und gewählte Mandatsträger aller Parteien. Mein Ziel ist, dass die Kommunen zwischen Puttgarden und Reinfeld ein möglichst großes Stück vom Konjunkturpaket zum Wohle der Menschen unserer Region erhalten.